



Beschluss

des Bayerischen Landtags

Der Landtag hat in seiner heutigen öffentlichen Sitzung beraten und beschlossen:

Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Jürgen Mistol, Gülseren Demirel, Thomas Gehring, Eva Lettenbauer, Verena Osgyan, Gisela Sengl, Johannes Becher, Cemal Bozoğlu, Dr. Martin Runge, Toni Schuberl, Florian Siekmann, Ursula Sowa und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Drs. 18/156, 18/475

Bezahlbarer Wohnraum für alle - ist die BayernHeim auf Kurs?

Die Staatsregierung wird aufgefordert, spätestens am Ende des zweiten Quartals 2019 dem Ausschuss für Wohnen, Bau und Verkehr mündlich und schriftlich über die Gründung der dritten staatlichen Wohnungsbaugesellschaft BayernHeim sowie deren Aktivitäten beim Wohnungsbau zu berichten.

Dabei soll insbesondere auf folgende Fragen eingegangen werden:

- Wie ist der Sachstand beim angekündigten Flächenkataster? Welche staatlichen Grundstücke stehen der BayernHeim zur Verfügung und welche kommen für eine Wohnbebauung in Frage? Welche Grundstücke von Städten und Gemeinden, Kirchen sowie privaten Eigentümern stehen darüber hinaus zur Verfügung?
- Welche Bauprojekte (inklusive Kooperationen mit Kommunen) wurden bislang auf ihre Realisierbarkeit hin geprüft, welche sind gegebenenfalls nicht machbar und weshalb? Welche befinden sich bereits in der Vorbereitung und bei welchen wurde bereits mit der Umsetzung begonnen?
- Wie viele Wohnungen lassen sich bei den jeweiligen Bauprojekten realisieren? Wie viele davon sind Wohnungen für Staatsbedienstete? Wie viele Wohnungen davon sind für Niedrigverdiener vorgesehen?
- In welcher Höhe sind künftig Mittel für die Finanzierung von Wohnungsbauvorhaben der BayernHeim vorgesehen? Sollen die bereitgestellten Mittel mit der Förderung für andere Wohnungsbauakteure im Rahmen der Wohnraumförderung verrechnet werden? Wenn ja, aus welchen Gründen?
- In welcher Höhe belaufen sich die Kosten für die BayernHeim (bitte aufgeschlüsselt nach Kostenart)?
- Ist mit weiteren Strafzinsen in den nächsten Jahren zu rechnen bzw. welche Möglichkeiten sieht die Staatsregierung, diese zu vermeiden?

- Wie viele Mitarbeiter sind derzeit beschäftigt, welche Aufgaben werden von diesen übernommen und ist der Personalumfang derzeit ausreichend?
- Wie schaut die Zusammenarbeit mit den beiden anderen staatlichen Wohnungsbau- und Siedlungsgesellschaften Stadibau und Siedlungswerk Nürnberg aus? Welche Synergieeffekte lassen sich gegebenenfalls erkennen?

Die Präsidentin

I.V.

Dr. Wolfgang Heubisch

VI. Vizepräsident